

Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD im Kreistag Offenbach

Präambel

Die Fraktionen von CDU und SPD im Kreistag Offenbach wollen ihre gedeihliche gemeinsame Politik fortsetzen. In vielen Bereichen, so insbesondere bei Schule und Bildung und bei der Option im Rahmen des SGB II sind deutliche Erfolge sichtbar.

In dieser Vereinbarung legen die beiden Fraktionen die Prioritäten ihrer Zusammenarbeit fest, aufbauend auf dem Wissen, dass die Koalition bisher sachlich, verlässlich und vertrauensvoll zusammen gearbeitet hat und deshalb sowohl die beschriebenen Sachverhalte als auch andere Themen oder Probleme gemeinsam gelöst werden.

Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass nicht alle in den kommenden Jahren anstehenden Sachentscheidungen in diesem Papier geregelt werden können. Angesichts der angespannten Haushaltslage stehen alle Maßnahmen unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Finanzen

Der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern ist der oberste Grundsatz der Finanzpolitik. Der Kreis hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zum Sparen unternommen. Deshalb soll auch die Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die die Aufgaben und die vorhandenen Einrichtungen und Projekte auf ihre Bedarfsgerechtigkeit und ihre Notwendigkeit untersucht, fortgesetzt werden.

Neben der Ausnutzung aller möglichen Sparpotentiale soll auch die interkommunale Zusammenarbeit des Kreises mit den Kommunen und der Kommunen untereinander weiter vorangetrieben und gefördert werden.

Der Kreis wird sich für eine umfassende Reform der kommunalen Finanzstrukturen einsetzen. Bund und Land sind verpflichtet, ein kommunales Finanzierungssystem zu schaffen, das die Leistungsfähigkeit der Landkreise und Kommunen sichert und vor allem im Sinne des Konnexitätsprinzips die Kosten der übertragenen Aufgaben vollständig abdeckt.

Bildung und Schule

Der Kreis Offenbach arbeitet weiter daran, Schulstandort Nr.1 in Hessen zu bleiben und für eine gute Ausbildung unserer Kinder, die vielfältige Angebotsstruktur zu erhalten und zu verbessern. Dazu gehört, im Wissen um die beschränkten Finanzmittel, aber auch, dass Erweiterungsmaßnahmen nur noch dann in Angriff genommen werden, wenn anderswo keine Kapazitäten mehr zur Verfügung stehen.

Die Verbesserung der Qualität bleibt wesentliches Ziel. Dabei wird auch, wo sinnvoll und notwendig, eine Zusammenarbeit und weitere Vernetzung mit den Städten und Gemeinden angestrebt. Wichtige Punkte sind hier:

- Die Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder hin zu Familienzentren.
- Das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder (Inklusion).

- Die weitere Umsetzung von Ganztagsangeboten sowie die Unterstützung von Schulfördervereinen und Betreuungsangeboten mit den Kommunen.
- Wohnortnahe G8- und G9-Angebote.
- Der präventive Einsatz von Schulsozialarbeit.
- Die Unterstützung von Sprachfördermaßnahmen bereits in den Kindertagesstätten als ein wichtiger Baustein erfolgreicher Integrationsarbeit.
- Den Betreibern Hilfestellung zu geben, dass kreisweit gesunder Mittagstisch an Schulen und Kitas eingeführt wird, einschließlich der Einbeziehung regionaler Produkte und Lieferanten.
- Die Unterstützung des Kreisschülerrates bei der Einrichtung eines Kreis-Schüler-Forums zu Zukunftsfragen.
- Die Unterstützung der pädagogischen Angebote und schulischen Konzepte, die der Integration dienen.
- Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, z.B. Zusammenarbeit Schule und Vereine, Schulpatenschaften.

Wirtschaft und Arbeit

Die auch im Vergleich der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main beeindruckende Wirtschaftskraft des Kreises Offenbach muss erhalten bleiben. Eine starke Wirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für ein gesundes Gemeinwesen.

Der Kreis wird:

- Die Hilfe bei Standortfragen, die Begleitung bei Umweltschutzbelangen, baulichen Erweiterungen und Ansiedlungen sowie in Genehmigungsverfahren auf dem hohen Niveau weiterführen.
- Am weiteren Aufbau und der Effektivierung regionaler Strukturen der Wirtschaftsförderung mitwirken.
- Die Kommunen bei Schaffung notwendiger Infrastruktur unterstützen, so beim Aufbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung.

Die Bedeutung des Flughafens Frankfurt auch für die Wirtschaft des Kreisgebietes ist nicht zu bestreiten. Zum Ausbau gehören aber untrennbar das Nachtflugverbot und das Ziel der Fluglärminderung für alle Menschen im Kreis.

Aktive Bürger: Kultur, Sport, Vereine

Das vielfältige, reiche kulturelle und sportliche Leben, die Arbeit der Feuerwehren und Hilfsorganisationen, die freien Träger, sozialen Vereine und Kirchen sollen auch zukünftig durch den Kreis Offenbach unterstützt und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gefördert werden. Maßnahmen sind hier:

- Die Ehrenamtsagentur als Koordinationsstelle für die bessere Zusammenführung, Vernetzung und Unterstützung der Angebote aufstellen.
- Die Ehrenamtskarte ebenso wie die Weiter- und Fortbildungsangebote für Vereinsführungskräfte beibehalten.
- Eine Kultur-Card als Angebot etablieren und das kulturelle Geschehen im Kreis vernetzen.
- Der Kreis wird auch weiterhin die Integrationsarbeit in den Vereinen unterstützen und begleiten.
- Den Ring politischer Jugend wieder einführen.
- Sorgfältig prüfen, ob und wie Vereine, die derzeit nicht gefördert werden, in die Vereinsförderung einbezogen werden können.

Umwelt und Energie

Das Wachstum unserer Region stößt dort an seine Grenzen, wo wir unsere natürlichen Ressourcen auf Dauer schädigen. Der Kreis wird, auch in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und der Einbindung aller Betroffenen und Beteiligten, wirksame Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Umweltqualität schaffen, insbesondere wenn es um Fragen des Landschafts- oder Naturschutzes geht, um den Ausgleich von Natur- und Siedlungspolitik, um den Erhalt und die Sicherung der Trinkwasserreserven und den Schutz vor Verkehrs- und Fluglärm.

Der Energiepolitik kommt auch im Kreis Offenbach eine neue Bedeutung zu. Der Kreis wird die Städte und Gemeinden bei der Planung und dem Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien und von Anlagen für Kraft-Wärme-Kopplung unterstützen.

Der Kreis wird in seiner eigenen Zuständigkeit:

- Für seine Liegenschaften erneuerbare Energien nutzen, wo dies technisch realisierbar und sinnvoll ist, mit dem Ziel einer möglichst vollständigen Ausschöpfung der Potenziale bis 2020.
- Auch weiterhin Energiesparmaßnahmen (inkl. energetischer Sanierungen) prüfen. Neubauten werden in der Regel im Passivhaus-Standard umgesetzt.
- Wie bisher Dachflächen zur Erzeugung von klimaneutralem Strom oder zur Wärmegewinnung zur Verfügung stellen und vermarkten und hier auch Investoren, die Bürgerbeteiligungsprojekte anbieten, einbeziehen.
- Die Städte und Gemeinden in ihren Zielen für eine Energiewende im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen.

Die koalitionsschließenden Fraktionen bekräftigen die Beschlüsse des Kreistages vom 08.07.2009 und 09.02.2011 zum Thema Kraftwerk Staudinger und ihre Unterstützung der Gemeinde Hainburg in dieser Angelegenheit.

Verkehr

Bedingung für einen dauerhaft agilen Lebens- und Wirtschaftsraum ist die Mobilität der Menschen. Die Vernetzung aller Verkehrsträger und die intelligente Steuerung des gesamten Verkehrs soll diese Mobilität im Ballungsraum sichern.

Beim öffentlichen Personennahverkehr wird der Kreis:

- Alle Verfahrensschritte bis zur Realisierung der „Regionaltangente West“ aktiv unterstützen.
- Über die Kreisverkehrsgesellschaft beim RMV für ein gerechtes und zukunftsfähiges Finanzierungs- und Organisationsmodell eintreten, mit dem Ziel die Position des Kreises in finanzieller und organisatorischer Hinsicht gegenüber dem RMV zu stärken und somit mehr direkten Einfluss auf die Qualität und die Kosten des ÖPNV-Angebotes nehmen zu können.
- Die Einführung eines Fahrradverleihsystems in Zusammenarbeit mit KVG und RMV an S-Bahn-Stationen und anderen verkehrsrelevanten Standorten durch einen privaten Betreiber initiieren.

Ziel bleibt der weitere Ausbau und die Verknüpfung des Radwegenetzes im Kreis und darüber hinaus. Auch die Beschilderung der Radwege wird wo notwendig ergänzt.

Soziales und Jugend

Eine wirtschaftsstarke Region benötigt ein Netzwerk sozialer Sicherheit. Beides bedingt sich einander. Die Verhinderung sozialer Ausgrenzung und die Vermeidung sozialer Segregation bleiben weiterhin gemeinsames Ziel der Koalitionspartner. Die Festigung und der Erhalt des sozialen Friedens darf auch durch die notwendige Konsolidierung des Haushalts nicht gefährdet werden. Aus diesem Grund werden wir präventive Maßnahmen im erforderlichen und vertretbaren Umfang erhalten.

Dabei lassen wir uns vom Grundsatz leiten, durch die Förderung der Umsetzung von dezentralen und integrierten Versorgungskonzepten Hilfestrukturen wohnortnah zu gewährleisten. Die Leistungen, die durch den Kreis finanziert oder angeboten werden, werden wir auf Ihre Effizienz und Effektivität überprüfen. In diesem Zusammenhang werden wir auch Verwaltungsstrukturen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wichtige Ansatzpunkte sind hier:

- Aufrechterhaltung eines bedarfsgerechten Angebots früher Hilfen durch Familienhebammen.
- Kooperation mit quartiersbezogenen Stadtteilzentren in den Städten und Gemeinden des Kreises Offenbach.
- Stärkere Verknüpfung von Maßnahmen nach dem SGB II und der Jugendberufshilfe nach dem SGB VIII.
- Weiterentwicklung der präventiven Maßnahmen zur mittelfristigen Entlastung der intervenierenden Angebote.
- Teilhabechancen aller Menschen verbessern. Dazu wird ein lokaler Aktionsplan zur Entwicklung von inklusiven Strukturen geprüft.
- Förderung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung eines familienfreundlichen Kreises Offenbach.

Koalition und Abstimmungsverhalten

Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die Mitglieder des Kreisausschusses in ihrem Abstimmungsverhalten ihrem Gewissen verpflichtet sind. Sie empfehlen ihren Vertretern/Vertreterinnen im Kreisausschuss jedoch, soweit dies irgend möglich ist, die Vereinbarungen der Koalition bei ihrem Abstimmungsverhalten einzuhalten.

Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die Abgeordneten des Kreistages ihrem Gewissen verantwortlich sind. Die Fraktionen werden jedoch dafür sorgen, dass dieser Vereinbarung zuwiderlaufende Abstimmungen und Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten nicht zustande kommen. Desgleichen wird vereinbart, dass die Fraktionen nur solche Anträge in den Geschäftsbereich des Kreistages einbringen, die mit dem Koalitionspartner abgestimmt sind.

Die Fraktionen sind sich darüber einig und vereinbaren, dass sie - soweit dies möglich ist - Einfluss auf ihre vom Kreistag gewählten Vertreter/innen in Zweckverbänden, Kommissionen, Vereinen etc, nehmen, um sicherzustellen, dass nicht gegen die Vereinbarungen der Koalition durch Antragsstellung oder Abstimmungsverhalten verstoßen wird.

Die Fraktionen verpflichten sich, im vertrauensvollen Zusammenwirken alle Entscheidungen zu Sachfragen gemeinsam zu erarbeiten und in die parlamentarischen Gremien des Kreises einzubringen.

Dietzenbach, 02.05.2011

**CDU-Kreisverband
Offenbach-Land**

**SPD-Unterbezirk
Kreis Offenbach**

Frank Lortz MdL
Vorsitzender

Carsten Müller
Vorsitzender

**CDU-Fraktion
im Kreistag Offenbach**

**SPD-Fraktion
Im Kreistag Offenbach**

Bernd Abeln
Vorsitzender

Werner Müller
Vorsitzender
